



Eine erste Stellungnahme zum Koalitionsvertrag Rheinland-Pfalz 2011 - 2016

Der Koalitionsvertrag ist beschlossen, Grundlagen und Leitlinien für die Arbeit der neuen Landesregierung sind damit benannt.

Im schulpolitischen Teil bieten die grundlegenden Zielsetzungen den Handlungsraum, den Weg zu einer gerechteren und leistungsfähigeren Schule in Rheinland-Pfalz zu beschreiten. Entscheidend sind nun die konkreten weiteren Schritte!

Das maßgebliche Ziel „beste Bildung für Alle“ wird im Koalitionsvertrag mit Fug und Recht an die Verwirklichung von Chancengleichheit - unabhängig von Herkunft und Wohnort - (S. 7) gekoppelt. Die beabsichtigte Unterstützung und Erleichterung der Errichtung weiterer Integrierter Gesamtschulen ist uneingeschränkt zu begrüßen, v. a. unter den Aspekten der großen Nachfrage und der Sicherung eines wohnortnahen und umfassenden Bildungsangebots in den Regionen. Hierzu ist eine verstärkte und konsequente Unterstützung vor Ort durch die Schulbehörde unerlässlich. Auch die vorgesehene weitere Einrichtung von Ganztagschulen ist in diesem Zusammenhang ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Ganztagschule für **Alle**.

Mit dem Ziel, „Möglichkeiten eines längeren gemeinsamen Lernens zu stärken“ (S. 7), bemüht man sich nun auch in Rheinland-Pfalz, den sozial gerechteren und vielfach leistungsfähigeren Schulsystemen der europäischen Staaten anzunähern, die sich außer Österreich und Teilen der Schweiz längst gegen die absurd frühe bei uns praktizierte Selektion und für ein längeres gemeinsames Lernen bis zum 10. Schuljahr entschieden haben.

In diesem Sinn ist es zu unterstützen, wenn die Koalitionsvereinbarungen in den Blick nehmen, dass kooperative Realschulen plus in die integrative Form überführt werden.

Längeres gemeinsames Lernen zu ermöglichen bedeutet zugleich aber auch, dieses für **alle** Schülerinnen und Schüler einzurichten, - nicht zuletzt um die unpädagogische und völlig überflüssige Grundschulempfehlung zu erübrigen.

Mit der Akzeptanz der UN-Behindertenrechtskonvention „als Auftrag und Verpflichtung für alle Bildungseinrichtungen“ (S. 8) verpflichtet sich diese Koalition, Inklusion in unseren Schulen zu verwirklichen. Das bedeutet, dass grundsätzlich **alle** Kinder und Jugendlichen mit Beeinträchtigungen zusammen mit den übrigen Schülerinnen und Schülern in der Regelschule leben und lernen.

Die Absicht, Regelschulen hierzu verstärkt in die Lage zu versetzen, u. a. auch durch die Bereitstellung zusätzlicher sonder- und sozialpädagogischer Kompetenzen, ist zu begrüßen.

Mit gutem Recht hält der Koalitionsvertrag fest, dass „beste Bildung für Alle“ nur gelingt, wenn alle Kinder und Jugendlichen „durch individuelle Förderung ... nach ihren Begabungen bestmöglich gefördert werden“ , damit alle einen schulischen Abschluss erreichen, der „ihnen eine eigenverantwortliche Lebensführung und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.“ (S. 7)

Eine derart gestaltete individuelle Förderung an **allen** Schulen und für **alle** Schülerinnen und Schüler macht Sitzenbleiben sowie Abschulungen überflüssig und verlangt aus sachlichen und pädagogischen Gründen, Noten durch Lernentwicklungsberichte zu ersetzen.

Sie verlangt darüber hinaus, den Einsatz von individualisierendem Unterricht als grundlegendes Unterrichtsskript.

Zur Vorgabe des Koalitionsvertrages, den „Übergang von der Kindertagesstätte in die Schule weiterzuentwickeln“ (S. 8), gehört auch die Einrichtung einer 3-jährigen flexiblen Eingangsstufe, die das letzte Kita-Jahr und die beiden ersten Grundschuljahre umfasst sowie individuelle Verweildauern ermöglicht. Dabei arbeiten Erzieherinnen und Erzieher sowie die Lehrkräfte der Grundschule Hand in Hand.

„Beste Bildung für Alle“ setzt Erziehende und Unterrichtende voraus, die „durch eine hervorragende Ausbildung auf ihren Beruf vorbereitet werden“ (S. 12) und sich durch ein breites Fortbildungsangebot „verstärkt weiterqualifizieren“ (S. 9). Dies stellen die Koalitionäre zutreffend fest. Das Vorhaben, mehr Frauen und Männer für ihre Tätigkeit in den Kindertagesstätten akademisch zu qualifizieren, muss zügig umgesetzt werden.

Dies gilt insbesondere auch für die Aus- und Fortbildung im Blick auf das Arbeiten in einer inklusiven Einrichtung.

Das Projekt „Beste Bildung für Alle“ muss vermehrt durch eine intensive und gezielte Öffentlichkeitsarbeit vorbereitet und unterstützt werden. Dies

gilt in erster Linie für die Verdeutlichung der Vorzüge eines längeren gemeinsamen Lernens und der Chancen des gemeinsamen Lebens und Lernens in der inklusiven Kindertagesstätte wie in der inklusiven Schule.

Es ist allerdings eingehend zu prüfen, ob die Einsparung von 2000 Lehrerstellen im Rahmen der demografischen Rendite angesichts der Verwirklichung dieser anstehenden Aufgaben in diesem Umfang aufrecht erhalten werden kann.

Wir sichern den bildungspolitisch verantwortlichen Akteuren bei der Realisierung dieser Zielsetzungen unsere Unterstützung sowie aufmerksame Begleitung zu und wünschen Mut, Beharrlichkeit und eine glückliche Hand für diese Arbeit.

Meisenheim, den 19. Mai 2011

Für die
unabhängige, rheinland-pfälzische Initiative
EINE Schule für ALLE - länger gemeinsam lernen e. V.
<http://www.eine-schule-fuer-alle-rlp.de/>

Arno Rädler, Rektor i. R.
Diplompädagoge